

APO - PRESS

HAMBURGER INFORMATIONSDIENST

Herausgeber: SDS Hamburg. Verantwortl.: M. Deter. Redaktion und Verlag: Hmbg. 4,
Annenstr. 32, Tel.: 31 28 65. Erscheinungsweise: Montags vierzehntägig. Abonnement:
Bei Zustellung per Post halbjährl. DM 8.- Postscheckkonto: Hmbg. M. Deter 229332

MONTAG, den 19.5.69

NR. 9

EINZELPREIS : DM 0.50

Aus dem Inhalt

- | | | | |
|-------|-----------------------------------|----------|--------------------------------|
| S. 4 | Mittwochsgespräche im RC | S. 10 | Streik der Schüler in HH |
| S. 5 | Betriebsbasisgruppe im SDS Kiel | S. 12/13 | Termine - Justiz |
| S. 7 | Thesen zum Internationalismus | | - Basisgruppen |
| S. 9 | Kritik zum AK Stadt | S. 15 | - Arbeitskonferenzen |
| S. 16 | Fotografieren bei Demonstrationen | | Streik an den Ingenieurschulen |

ORGANISATIONS - PAPER DES SDS FREIBURG

Genossen, die Ausarbeitung einer gemeinsamen politischen Strategie (mittel-, lang- oder kurzfristig) und die Feststellung der grundsätzlichen taktischen Konzeptionen, um unsere politische Tätigkeit rational zu begründen, definieren und durchführen zu können, machen es notwendig, daß die Isolation innerhalb des SDS und aller anderen linken Gruppen, die Kommunikations- und Informationslücken radikal behoben werden.

Es nützt und garnichts, sich über diese Mängel zu beklagen, gegenseitige Vorwürfe in emotionsgeladene Diskussionsformen ausarten und aus dieser Situation persönliche Aversionen entstehen zu lassen.

Dieses Problem kann unserer Meinung nach nur so gelöst werden, indem wir

- die organisatorischen Mittel finden, die eine kontinuierliche Diskussion ermöglichen
- die Informationsbasis radikal verbreitern und die vorhandenen Informationen verarbeiten und somit politische, praktisch-umwälzende Tätigkeit rational begründet ausgeübt werden kann.

Deswegen haben wir an ein Wochenendseminar oder eine Tagung gedacht, die den SDS-Aktivistinnen und Sympathisanten einen Überblick über die umfangreichen und vielseitigen Bemühungen, die in der Hochschule und außerhalb, in der Form von Basisgruppenarbeit, SDS-Projektgruppen und Arbeitskreisen stattfinden, verschafft. Anschließend

kann sich eine Diskussion entfalten die uns den oben angedeuteten Zielen näherbringt. Es wäre auch wünschenswert, die Arbeit, die in den anderen linken Hochschulgruppen, AStA, Jungsozialisten, DKP, Gewerkschaften, etc. geleistet wird, kennenzulernen, aus der Überlegung heraus, evtl. eine Bündnispolitik bestimmen zu können.

Welche Richtung und welchen Sinn sollten diese theoretisch-praktischen Organisationsbemühungen haben? Wir werden es stichwortartig zu beschreiben versuchen, um die Notwendigkeit dieser Tagung besser begründen zu können:

- o Entlarvung und Bekämpfung einer Wissenschaft, die im Dienst kapitalistischer Ausbeutungs- Unterdrückungs- und Zerstörungspraxis steht; gleichzeitig der Anwendung des Hochschulgesamtplanes und des Ordnungsrechtes besseren Widerstand zu leisten.
- o Die einschleichende Anwendung der NS - Gesetze entgegenzuwirken (politische Justiz, Vorbeugehaft, "Endlösungskampagne" gegen den SDS durch die herrschende Koalitionsclique).
- o Die zunehmend aggressiven Formen des Industrie-Finanz- und Kulturimperialismus in der Metropole und in den unterentwickelt gehaltenen Ländern hier zu entlarven und zu bekämpfen.

Kurz: allen Formen der kapitalistischen Faschisierung und imperialistischen Auswüchsen in dieser Gesellschaft entgegenzuwirken und im Kampf die Voraussetzungen für eine neue, von Grund auf veränderte Gesellschaft zu schaffen.

Einer der Aspekte der Organisierung und Durchführung dieses Kampfes ist die Herbeischaffung der notwendigen Informationen über politische, ökonomische und sozialpsychologische Fakten, um sie in wissenschaftlich begründete Begriffe und Theorien zu verarbeiten. Gerade dies wird uns ermöglichen, den Kampf wirkungsvoll und folgenreich zu führen, sobald dieses Wissen sich für die Massen in Waffen verwandelt. Der andere Aspekt ist, Wissen und Bewußtsein immer größerer Kreise zu potenzieren, diese in Bewegung zu versetzen und somit einen komplexen Prozeß permanent weiterzutreiben, der revolutionär genannt werden kann.

Zwei klärende Bemerkungen sind notwendig:

- a) diese Kreise, Träger des revolutionären Prozesses, sollen ständig erweitert werden nach dem Prinzip der multiplikatorischen Funktion revolutionärer und sich revolutionierender Kerne(Gäng). Voraussetzung dazu ist, eine Klassenanalyse zu formulieren, die dialektisch-konkret herausarbeitet, welche Gruppen in dieser Gesellschaft primär anvisiert werden können.
- b) diese wissens- und bewußtseinsmäßige Potenzierung wird nicht getrennt, sondern simultan und eng verflochten mit den sinnlich-konkreten, jetzig-umwälzenden Tätigkeiten verstanden.

Wenn wir an eine nähere Bestimmung der zu lösenden Aufgaben denken, erscheinen uns drei Punkte relevant zu sein:

- 1) die spezifischen Aufgabenbereiche innerhalb des SDS so zu organisieren, daß sie nicht mit den Tätigkeiten der Basisgruppen, Arbeitskreise etc.. kollidieren, sondern deren Ergebnisse und Materialien systematisieren und verwerten (ebenfalls horizontale Koordinierung mit anderen Orts- und Projektgruppen des SDS auf Bundesebene).
- 2) und uns so zu organisieren, daß die SDS-ler effektiv in die Basisgruppen, Gewerkschafts-, Jungsozialisten-, SDAJ-Kreise hineingehen können, um die angedeutete wissens- und bewußtseinsmäßige Potenzierung und Konsequenzen zur Praxis vorantreiben zu können. Das geschieht gegenwärtig selbstverständlich, aber in einer Naturwüchsigkeit, (um nicht zu sagen Durcheinander), die uns viel unnötige und unfruchtbare Arbeit kostet.
- 3) die Gruppe als politische Kampforganisation zu definieren:
 - welche Arbeit sie als solche zu bewältigen hätte
 - den Zusammenhang mit den materiellen und bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen der Mitglieder herzustellen,
 - die Relationen zu anderen Organisationen, Institutionen zu bestimmen, sodaß

aus dieser Definition sich vielleicht ein Organisationsmodell herleiten und verwirklichen ließe, das brauchbar für die Weiterführung des politischen Kampfes ist!

Um ein organisatorisches Selbstverständnis und seine Konkretisierung in der politischen Arbeit zu erreichen, ist ein langer Prozeß nötig, den wir uns ungefähr so vorstellen:

In einem ersten Schritt werden wir dieses Konzept den einzelnen Gruppen zusenden, erläutern und gemeinsam diskutieren. Die Gruppen würden dann ihre Vorbehalten, Änderungen, Einwendungen, Kommentare, Anregungen etc. schriftlich fixieren. Ein weiterer Schritt wäre, die Aktivitäten der einzelnen Gruppen in einem solchen politischen Rahmen zu diskutieren, der organisatorische Konsequenzen zuläßt. Ein schriftlicher Bericht der Organisationsdiskussion in den einzelnen Gruppen im Zusammenhang mit der Kritik am vorliegenden Konzept, wäre unserer Meinung nach das geeignete Instrument, um eine Verständigung über die Organisationsproblematik zwischen den einzelnen Gruppen zu erreichen.

Als nächster Schritt könnte an eine Reihe von Vorbesprechungen mit etwa folgenden Gruppierungen gedacht werden:

- Basisgruppen
- SDS-Projektgruppen
- andere politische linke Organisationen in und außerhalb der Uni
- HSU / ULSD / SHB/ (evtl. ESG-KSG)/ ASTA/ RC
- Jugendgruppen, Gewerkschaften, Vertrauensleute

Diese Vorbesprechungen sollen ein Selbstverständnis über die allgemeinen politischen Konzeptionen der Gruppen schaffen und die Bedingungen für eine mögliche Zusammenarbeit erforschen.

Wir sind der Meinung, daß gerade im Verlauf dieser Gespräche und Diskussionen sich die Organisation konkret herstellen muß. Daher messen wir diesem Schritt die größte Bedeutung zu. Vom Ergebnis dieser Diskussion wird es dann abhängen, ob als vierter Schritt eine Tagung möglich sein wird, an deren Ende eine verbindliche Organisationsform für den SDS und die Basisgruppen bestätigt werden kann. Diese Tagung braucht aber nicht zwangsläufig zu einem abgeschlossenen Ergebnis zu kommen. Mit der Entwicklung des politischen Kampfes wird es immer von neuem notwendig sein, die Diskussion weiterzuführen und die Organisationsformen den Kampfbedürfnissen anzupassen. Es sollte immer gewährleistet sein, daß die Strategie- und Taktik-Definition Resultat einer kollektiven, konkreten Wirklichkeitsanalyse und Praxis ist, und nicht durch schön am Schreibtisch ausgeheckte private Theorien aufgezwungen wird.

" KEINE ENTWICKLUNG OHNE KONSOLIDIERUNG "

MAO

Uns SDSlern, als (angeblich) der Avantgarde der Studentenbewegung, der "Speerspitze der Rebellion", wie Vorsitzender Mao feststellte, als der (angeblich) radikalsten und politisch konsequentesten Gruppe innerhalb der Bewegung, steht eine nicht zu leichte und verantwortungsvolle Aufgabe zu.

Die Genossen werden aufgefordert, sich mit dieser Problematik intensiv zu beschäftigen. Das ist schon Organisation. Praxis und Theorie sind hier eins; man kann sie nicht künstlich auseinanderhalten. "Mittel" sind schon "Ziele". In dem Prozeß, die Mittel bereitzustellen, verändern sich die Ziele. Die Organisationsformen, die aus der Diskussion entstehen werden, sind die (nicht ganz abzusehenden) Konsequenzen des konkreten politischen Kampfes, der Organisationspraxis und der Theorie beider.

Wir werden siegen, wenn vernünftig, geduldig, unermüdlich und zäh gekämpft wird.

ZU DEN "MITTWOCHSGESPRÄCHEN"

Beim letzten "Mittwochsgespräch" des RC (14.5.) diskutierten anwesende Mitglieder, Interessenten und Basisgruppenvertreter darüber, wie der RC aus der augenblicklich fatalen finanziellen Lage herauszubringen wäre. Hohe Miet-, Heizungs-, Stromkosten etc., unregelmäßig eingehende oder völlig ausbleibende Mitgliedsbeiträge sind - oberflächlich gesehen - die Ursachen der Misere des RCH. Dabei werden die Räume im RC von einer Vielzahl von arbeitenden Basisgruppen und Organisationen der Hamburger ApO an allen 7 Wochentagen ausgefüllt; einmal in der Woche von seinen eigenen eingetragenen Mitgliedern - am Mittwochabend.

Nach der ausführlichen Schilderung der Verschuldung und nach vielen pragmatischen Lösungsvorschlägen, wie

- Aufgabe der Räume in der Rothenbaumchaussee 95
- Mieten kleinerer (und schlechterer) Räumlichkeiten im Grindelhof
- Erhöhung der Mitgliedsbeiträge
- Tägliche Anwesenheit eines AKO-Mitglieds, der bei Besuchern und tagenden ApO-Gruppen für Mitgliedschaft werben soll, und der
- bei den vielen Nicht-Mitgliedern Spenden bzw. Benutzungsgebühren eintreiben müßte.
- Kontrolle von (noch einzuführenden) Ausweisen.
- Gruppen-Beteiligung an der Miete.

- nach zahlreichen derartigen Vorschlägen wurde das "Mittwochsgespräch" wohl zum erstenmal seit den Auseinandersetzungen mit dem alten "traditionalistischen" Vorstand politisch, den Rahmen der gewohnten unverbindlichen RC-Gespräche tendenziell durchstoßend. Bei zahlreichen Mitgliedern brach der Unmut über die politische Funktionslosigkeit des Clubs in massiver Selbstkritik durch: kurz gefaßt, der Hamburger RC, abgesehen von seiner Rolle als Vergeber der Räume in der Rothenbaumchaussee an arbeitende Organisationen der Schüler, Studenten, Lehrlinge, Lehrer, kritischen Juristen, Kriegsdienstverweigerer usw., ist politisch objektiv inexistent.

Was der RC - als "Sammelbecken" (1) der antiautoritären Linken in Hamburg seinen Mitgliedern und Sympathisanten, "die gekommen waren, um zum Nachdenken und zur Mitarbeit angeregt zu werden, geboten hat, waren in den letzten Monaten einfach Zumutungen" - lautete die Selbstkritik.

(Pseudo-) Politische Debatten fanden im RCH bislang ^{auch tatsächlich} nur dann statt, wenn man sich zu diesem Zweck mittwochs "irgendwelche Buhmänner ins Haus geholt hat", wie DKP-Revisionisten oder kleinbürgerliche Anthroposophen, um sich dann so recht an der Diskussion dieser Leute mit anwesenden SDS-lern weiden zu können, ohne auch nur einen Deut von der liebgewohnten Konsumentenhaltung und der totalen Unverbindlichkeit abrücken zu müssen.

Andererseits ist es aber, um nur ein Beispiel zu nennen, selbst in mehrmaligen Versuchen des soz. Lehrlingszentrums und des SDS nicht gelungen, RC-Mitglieder zur Vorbereitung des 1. Mai 69. zu mobilisieren. Zu solcher konkreter politischer Arbeit, zu der Entwicklung von politischen Strategien des emanzipatorischen und revolutionären Kampfes in jeweiligen Bereichen dieser Gesellschaft hatten Mitglieder des RCH noch nie inhaltlich etwas zu sagen, - und haben auch, so scheint es mir, objektiv nichts zu sagen! Darüber, - also über die inhaltliche, die politische Funktion des Clubs, - wird man sich im nächsten "Mittwochsgespräch" einmal zu unterhalten haben, und sollte nicht, wie letztesmal, die Diskussion abbrechen, da, wo sie droht, radikale Konsequenzen zu erzwingen.

Nur als Ausdruck der Verdrängung solcher notwendiger politischer Entscheidungen zur Funktion des Clubs selbst innerhalb der Hamburger ApO kann man die Schnelligkeit beurteilen, mit der man einmütig dazu schritt, sich stundenlang über "diese noblen Herren vom SDS" ganz bitterböse zu entrüsten, die dem Röhl ins Bett gepinkelt haben.

Die Versuche zweier anwesender Genossen, die Diskussion weiterzutreiben zu einer Analyse und Kritik des opportunistischen "ApO-Blattes" KONKRET, sind an der anhaltenden Empörung jener Mehrheit von RC-Mitgliedern glatt gescheitert, die nun einmal ohne Buhmänner nicht auskommt, und die nun wohl die politische Relevanz des Republikanischen Clubs für die Hamburger ApO und darüber hinaus des Clubs äußerst schwer zu Buche schlagende moralische Autorität im politischen Gesamtgeschehen der Freien und Hansestadt Hamburg durch eine öffentliche und hochoffizielle Distanzierung von solchen Sauereien am nächsten Mittwoch zu dokumentieren geneigt ist. Langfristig werden sich alle aktiven Genossen aus den Basis- und Ad-Hoc-Gruppen entscheiden müssen, den RCH umzufunktionieren, ihn mit revolutionären Inhalt zu füllen und aus ihm ein verbindliches Koordinations- und Zentralisationsinstrument der Hamburger ApO zu machen, - als mögliche Kernform einer strategisch notwendigen revolutionären Organisation - oder aber der RCH vegetiert weiter im Schatten der in verschiedenen sozialen Bereichen aktiven revolutionären Gruppen als Verein zur Vermietung von Arbeits- und Tagungsräumen, sonst aber als "Klub" ohne soziale Basis, ohne Konzept und ohne jede praktische Verbindlichkeit; - als vorläufig nützliche Milchkuh für arbeitende Basisorganisationen.

BERICHT ÜBER DIE BETRIEBSPROJEKTGRUPPE DES SDS KIEL

In den vergangenen Jahren bestand in Kiel die Betriebsarbeit fast ausschließlich aus zwei Varianten traditionalistischer Bildungsarbeit. Einmal gab es gefestigte Kontakte zur Gewerkschaftsjugend und damit verbundenen Vorträge und Seminare, zum anderen existiert an der Volkshochschule ein Arbeitskreis, an dem vorwiegend Berufstätige teilnehmen. Kontakte zur KP beschränkten sich auf Absprachen und gemeinsame Veranstaltungen.

Der geringe Nutzeffekt dieser Arbeit kann daraus abgelesen werden, daß weder Kader innerhalb der Arbeiterschaft entstanden noch es Aktionen anlässlich verschiedener Konflikte gab. Nach dem sprunghaften Anwachsen der Gruppe Kiel (von 20 auf 50 Gen.) seit dem Sommersemester 1967 mußte es zwangsläufig zu einer Neuorientierung der gesamten Gruppenarbeit kommen.

Die alten Mitglieder waren in der Regel durch theoretische Reflexion zu der Erkenntnis gekommen, daß erst durch die Befreiung der Arbeiter ihre eigenen Befreiung möglich wird. (Anm. d. Red.: der Verfasser versucht hier offenbar verkürzt wiederzugeben, daß erst durch die proletarische Weltrevolution die Befreiung des Menschen erreicht wird. D.h. erst nachdem das Proletariat in seinem eigenen Klasseninteresse seine geschichtliche Aufgabe - die sozialistische Weltrevolution - erfüllt und sich von der Ausbeutung befreit hat, kann jeder Mensch und damit auch der studentische Intellektuelle, der heute noch die Idee des Sozialismus in der Arbeiterschaft bewußt machen muß, seine eigene menschliche Emanzipation, die Befreiung von seiner Entfremdung, erlangen.) Da die älteren Genossen nicht durch eine sozialistische Massenbewegung zum Sozialismus gekommen sind, muß bei ihnen viel stärker theoretische Reflexion zum Eintritt in den SDS geführt haben - obwohl da natürlich auch sozial-psychologische Gründe mitspielen. Dieser Vorgang muß bei diesen Genossen ein viel kritischeres Verhältnis gegenüber der kapitalistischen Umwelt bewirkt haben.

Die neuen, nach dem 2. Juni 67 aufgenommenen Genossen wurden dagegen primär durch den Konflikt ihrer konkreten wissenschaftlichen Arbeit mit dem Verwertungsanspruch der spätkapitalistischen Wirtschaft zum Sozialismus gebracht. Obwohl dieses Engagement gerade damals vielfach mit moralischen und ethischen Gründen erklärt wurde (Vietnam, etc), hatte es doch zumeist unbewußt den genannten Grund. Da nur der eigene Entscheidungsprozeß mitreflektiert wurde, konnten erst später die wirklichen sozial-psychologischen und ökonomischen Ursachen entdeckt werden. Auf dieser historischen Grundlage der sozialistischen Studentenbewegung bildeten sich im SDS Kiel im wesentlichen drei Gruppen (hinsichtlich der Betriebsarbeit):

- Die erste wurde im Prinzip durch die frühere traditionalistische Arbeit geprägt und beschäftigte sich vorwiegend mit Arbeiterbildungsprogrammen (dazu auch theoretische Betrachtungen zur Soziologie des Arbeiters) und Kontakten zur Gewerkschaftsjugend.

- Die zweite Gruppe kam aus der anti-autoritären Phase, hatte dann aber Zugang zum Marxismus gefunden und die Überzeugung von der Arbeiterschaft als revolutionärem Subjekt gewonnen. Diese Gruppe war durch die jüngste Zeit aktionistisch geprägt und versuchte eine Basisgruppe mit Jungarbeitern und Lehrlingen zu bilden.

Die dritte Gruppe kam aus der antiautoritären Phase - wie die zweite - jedoch wird von diesen Genossen eher die Randgruppentheorie - verbunden mit Organisationsformen in Überbau-bereichen - vertreten. Wenn ein Teil dieser Gruppe dennoch die Arbeiter als revolutionäres Subjekt bezeichnet, so geschieht dies ausschließlich verbal und vielfach mit Rücksicht auf die vorherrschenden Stereotypen innerhalb der Gesamtgruppe. Überaus häufig ist jedoch gerade in dieser Gruppe die bürgerliche Meinung vorhanden, die Arbeiter seien Bürger geworden, und deshalb sei nichts mehr mit ihnen anzufangen. Als Ergebnis wird von diesen Genossen Betriebsarbeit abgelehnt und Diskussionen über dieses Thema boykottiert.

Über die letzte Gruppe braucht in diesem Zusammenhang nicht gesprochen zu werden, über die erste und zweite Gruppe bestehen bereits Berichte. Hier soll lediglich das Selbstverständnis und einige Bemerkungen über den neuesten Stand der zweiten Gruppe nachgetragen werden.

SELBSTVERSTÄNDNIS DER LEHRLINGSPROJEKTGRUPPE

Die Ausgangsgruppe bestand aus einigen Studenten, Jungarbeitern und Lehrlingen.

Die Studenten waren durch theoretisches Studium zu der Überzeugung gelangt, daß nur durch eine intensivierete Zusammenarbeit mit Arbeitern die sozialistische Bewegung auf eine neue Stufe gehoben werden könne. Zwar sprach die Diskrepanz zu älteren Arbeitern (Sprache, Bewußtsein) dagegen, doch drängten die unproduktiven Ergebnisse bisheriger Betriebsarbeit zu praktischer Arbeit. So nahmen diese Genossen Kontakt zu Jungarbeitern und einigen Lehrlingen auf, um mit diesen einen gemeinsamen Arbeitskreis zu bilden. Seine Arbeit bestand aus einigen Aktionen, die theoretische Arbeit verlief jedoch enttäuschend. Immerhin sind jetzt zwei Genossen dieses AK zu Kaderarbeit in den Betrieben fähig. Hieraus wird ersichtlich, daß es den Genossen primär darauf ankam, Kaderarbeit einzuleiten und nicht bei überbetrieblichen Konflikten eine abstrakte Solidarität zu proklamieren, die ohne Folgen bleiben wird. Dabei waren die Genossen von der irigen Meinung ausgegangen, daß die Kaderbildung in den Betrieben von uns eingeleitet oder betreiben werden kann. Da wir nicht genau unsere Funktion für die Kader im Betrieb übersahen, gelangten wir auch von einem Rückschlag zum anderen, ohne ihn uns richtig erklären zu können. Unsere Arbeit war so konzipiert, daß wir uns an den normalen Arbeiter wenden wollten, um ihm dann außerhalb des Betriebes einen Rückhalt in einem Kreis gleichgesinnter zu geben, und um ihm etwas von unserem Wissen zu vermitteln, damit er genügend Rüstzeug für die Agitation im Betrieb erhält. Es bestand z. B. der Plan, stereotype Argumente und Fragen der Arbeiter aufzuzeichnen und gemeinsam die günstigsten Antworten zu überlegen. Das Vorhaben erwies sich anhand der Resultate als falsch, da die im Betrieb isolierten Genossen - durch uns animiert - anwandten, weil wir als Studenten nicht den Einblick in die jeweilige betriebliche Situation haben können. So arbeiteten wir - in Kontakt mit den Gruppen Hamburg und Bremen - eine neue Strategie aus.

Gemäß unserem sozialen Standort haben wir in stärkerem Maße als die Arbeiter die Möglichkeit, Fakten über bestimmte Betriebe und Theorien über spezielle (ökonomische) Probleme zu liefern. damit diese theoretische Arbeit nicht wieder in traditionalistischen Bahnen versickert, muß während dieser Tätigkeit Kontakt zu Arbeiter- und Lehrlingsgruppen bestehen, möglichst in diesen Gruppen sogar mitgearbeitet werden. Dieses Material, verbunden mit der Agitation einiger wichtiger Konflikte, wird dann innerhalb der Betriebe leichter zur Bildung von Kadern führen. Diese Kadergruppen sollten sich insbesondere aus denjenigen zusammensetzen, die auch am Arbeitsplatz das Vertrauen ihrer Kollegen besitzen (z. B. Vertrauensleute, Betriebsräte, Jugendsprecher).

Unsere Aufgaben für die nächste Zeit müssen folgende sein :

- o Intensiviertes Studium der spätkapitalistischen Ökonomie ,
- o Wiederbelebung des Howaldt - Arbeitskreises (größter Betrieb in Kiel)
- o Mitarbeit beim Lehrlingsarbeitskreis , gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und bei einem Berufsschularbeitskreis.
- o Außerdem muß die Kandidatur von Genossen bei Jugendsprecherwahlen unterstützt werden.

THESEN ZUM INTERNATIONALISMUS (I)

- I. Die Protestbewegung ist im wesentlichen durch die provokativen Aktionen und Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg mobilisiert und erweitert worden. Die Konfrontation mit der Polizei und der bürgerlichen Presse, die über Auflagen und Verleumdung, effektive Aufklärungsaktionen verhindern wollten, führten bei den Mobilisierten zu erneuten Lernprozessen und Einsichten, die in unzähligen traditionellen Aufklärungsveranstaltungen nicht erreicht worden waren. Die Entlarvung des bundesrep. Staatsapparates wurde eingeleitet, welche schließlich zur Radikalisierung der Bewegung führte.
- II. Der Protest, der in den Demonstrationen zum Ausdruck kam, war moralisch und abstrakt, außerdem in seiner beanspruchten internationalistischen -solidarischen - Wirkung beschränkt, d. h. er äußerte sich nur symbolisch etwa gegen Amerikahäuser oder war auf Anlässe wie Staatsbesuche ect. angewiesen. Wo die Aktionen über den nur moralischen, pazifistischen Protest hinausgetrieben wurden, kam es mehr zu einer romantisch sentimental Solidartät mit den Guerilleros ansatzweise eine Übertragung der revolutionären Situation in der "3. Welt" auf die hochindustrialisierte.
Die Geldsammlung "Waffen für den Vietkong" war die einzige konkrete Aktion, aber gerade sie wurde als konkrete Unterstützung des Vietcongs aufgefaßt (wegen des geringen quantitativen Aufmaßes), sondern als Mittel, pazifistischen Bewußtseinsstrukturen entgegen zu wirken.
- III. Mit dem Vietnamkongress vom Februar 1968 in Berlin wurde der Höhepunkt dieses abstrakten Internationalismus erreicht, gleichzeitig ein verbindlicherer, konkreter Internationalismus gefordert : "Eine zweite revolutionäre Front gegen den Imperialismus in dessen Metropolen kann nur dann aufgebaut werden, wenn die anti - imperialistische Oppositionsbewegung lernt, die spätkapitalistischen Widersprüche zu aktualisieren und den Kampf um revolutionäre Lösung in den Betrieben, Büros, Universitäten und Schulen aufzunehmen. "
- IV. Die Hinwendung zur Basis (an der Hochschule und ansatzweise Betrieb) vollzog sich nach den großen Mobilisierungskampagnen Springer, 1. Mai und Notstandsgesetze. "Als angemessene Antwort auf die Notstandsgesetze wurde die Verweigerung der Produktivkraft definiert, als Analogon zum Streik der Arbeiter wurde für die Studenten die inhaltliche Umwandlung ihrer Produktivkraft herausgearbeitet" (NK 50, S.57). Die Aktualisierung von vorhandenen Widersprüchen an der Basis (Reformforderungen und Besetzungen) führte zu einer Mobilisierung von Sektoren (und zu einer Konkretisierung des Widerstandes) die vorher nicht gesehen wurden und damit zu einer Verbreiterung der Basis. Dieses führte - im Unterschied zu den Osteraktionen - zu einer Partikularisierung der gesamten Bewegung.
- V. Dieser positive Ansatz (Hinwendung der Basis, systematische Erfassung der drei Ausbildungs- und Sozialbereiche - Uni, Schule, Berufsschule/Lehrwerkstatt) und die verstärkten Widerstandsaktionen (Besetzungen) und großen Demonstrationen (Studenten, Lehrlinge, Schüler, Lehrer, Ing. - Schüler ect.) dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine gewisse Konzeptionslosigkeit, Resignation in viel größerem Maße eingesetzt hat, als nach früheren Aktionen. Zum anderen stellt sich der Staatsapparat auf die provokativen Entschleierungsaktionen ein und geht im Hochschul - Schul - und Justizbereich zu Gegenschlägen über.

- VI. Die eingetretene Desorientierung und Desorganisation kann nicht durch das Aufpfropfen neuer (historisch alter) Organisationsmodelle (Kommandozentrale), das "Kapital" lesen usw., leninistische Kaderpartei) gelöst werden. Der tendenziellen Paralyse der Bewegung und der Gefahr des Revisionismus kann nur durch verstärkte Koordinierung aller Basisbereiche und einer erneuten Vermittlung des Kampfes an der Basis mit dem internationalen Kontext des Klassenkampfes begegnet werden. Denn der Ausgangspunkt für die Basisarbeit war, daß der Imperialismus in den Institutionen hier bekämpft werden müsse und "wir haben an der Basis gekämpft, aber den Imperialismus aus den Augen verloren" (Internat. Paper d. AK)
- VII. Da die Bewegungstendenzen des Kapitals weitgehend internationalisiert sind, lassen sich die für eine Gesamtstrategie relevanten Widersprüche nur auf dieser Ebene analysieren. So ist die technokratische Ausbildungsreform kein nationales Phänomen sondern aktualisiert den Widerspruch zwischen den kapital. Staaten, der im Zuge fortschreitender technologischer Veränderung eingetreten ist.
- VIII. Die Auflösung dieses Widerspruches erfolgt auf dem Rücken der Studenten, Schüler und Lehrlinge (Zwischenprüfung, Numerus Clausus, Studienverkürzung, Ordnungsrecht). Die defensive, revisionistische Strategie knüpft jetzt an den "unmittelbaren Interessen" der jeweils angesprochenen/betroffenen Zielgruppen an, um diese zu mobilisieren—gegen Zwischenprüfung etc.. Tiefgreifende Mobilisierung und Veränderung von Bewußtseinsstrukturen werden langfristig nicht erreicht, da die Mobilisierungsforderungen nicht über (egoistische) Interessensforderungen hinausgehen. Diese Strategie und Praxis ist nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, sie bedarf aber der unter VI. angegebenen Ergänzung.
- IX. So soll im Rahmen der Internationalismus Arbeit über zentrale Kampagnen eine Zusammenfassung der partikularen Bereiche (Uni-Basis-Gruppen, Schüler, Lehrlinge, VK) initiiert werden, andererseits der revisionistischen Ansatz in der Basisarbeit aufgehoben werden.
- X. Konkreter Internationalismus bedeutet in diesem Zusammenhang, daß die Kampagnen wohl Elemente des abstrakt, moralischen Internationalismus aufnehmen, sich aber im wesentlichen der neu gewonnenen Ansätze der Basisstrategie bedienen. D.h., nicht mehr gegen den US-Imperialismus wird sich der Internationalismus in erster Linie wenden (gegen Amerikahäuser), sondern gegen den BRD-Imperialismus, der greifbar ist in seiner spezifischen Form der "Entwicklungshilfe" oder noch konkreter in den Firmen Krupp, AEG, Siemens (Ausbeutung der 3. Welt), Blohm und Voss (Bau von Kriegsschiffen für den portugiesischen Kolonialkrieg) und Hochschulinstitutionen (s. geo. Institut Hamburg-Erarbeitung von Investitionsunterlagen zur Ausbeutung Angolas).
- XI. Der konkrete Internationalismus gegen den "BRD-Imperialismus" wird die Vermittlung von anti-kapitalistischem mit anti-imperialistischem Kampf auf verschiedenen Stufen leisten müssen: sie können einerseits im Hochschulbereich anknüpfen an die Diskussion über (die Fremdbestimmung) und (die Funktionsbestimmung revolutionärer Wissenschaft, andererseits wird in der (Lehrlings-) Betriebsarbeit auf best. Erfahrungen aus der Phase der "abstrakten Internationalismus" zurückgegriffen werden müssen, d.h.: in einer Kombination von Aufklärung und direkter Aktion den zunächst nur moralischen Protest vor allem junger Arbeiter zu provozieren." (Intern. Paper AK)
- Darüber hinaus kann im Bereich der Betriebsarbeit die Frage der Arbeiterkontrolle

wird fortgesetzt AK-Internationalismus

KRITIK ZUM BERICHT DES AK STADT

- Zur Bedeutung des "Theoretischen Konsensus" :

Im ersten Teil " ..einen, wenn auch vorerst begrenzten, Theoretischen Konsensus zu erlangen, halte ich für unabdingbar, um effektiv in die politische Praxis einzu - treten, konkrete Projekte aufzunehmen, konkrete Widersprüche aufzuzeigen und die - se mit Aktionen oder anderen taktischen Mitteln weiterzutreiben. "

Im zweiten Teil " Unser erster Schritt mußte sein, die bürgerliche Arbeitsteilung zwischen Architekten und Soziologen aufzulösen. Diese beiden Gruppen müssen zu einem gemeinsamen Problembewußtsein gelangen - erst dann können praktisch Forderungen artikuliert und Agitation betrieben werden. Unsere Gruppe steckt immer noch in dieser ersten Phase, und die einzige Chance, voranzuschreiten, sehe ich im Augenblick darin, zu ei - ner Seminarpraxis mit Terminkalender überzugehen. "

Das große Gewicht, daß theoretischer Konsensus oder gemeinsames Bewußtsein im Be - richt des Genossen Koch erhalten, läßt als Ausweg aus den Schwierigkeiten des Kreises, nämlich mit der Arbeit nicht voranzukommen, nur diesen Schluß zu. Ansätze zur Selbst - kritik kommen nicht über den Bereich von Rationalisierungen wie "wenig Zeit, hetero - gene Gruppe" und dergleichen hinaus. Diese Erklärungen führen die Schwierigkeiten nicht auf ihre Ursachen zurück, sondern erschöpfen sich in der Beschreibung von Erschei - nungsformen derselben. Weil die Selbstkritik nicht bis zu den Ursachen stößt, kann der Schreibende - und wahrscheinlich auch der AK - keine adäquaten Lösungsformen finden. Der Schreibende begründet in keiner Weise, warum denn Seminarpraxis die Arbeit des Kreises vorantreiben könnte. Es wird weiter nicht danach gefragt, worin inhaltlich der Unterschied zwischen lockeren theoretischen und seminaristischen bestehe, außer in der größeren Arbeits- bzw. Diskussionsdisziplin, die von Seminaristen erwartet wird. Es wird nicht gefragt, warum denn die Mitglieder lieber in der Stammrunde zusammen sind, um theoretischen konsensus zu pflegen, anstatt ihren theoretischen Stand anhand der Praxis auf seine Richtigkeit zu überprüfen.

Wir meinen, daß ein "Theoretischer Konsensus über Grundtatsachen" eines bestimmten gesellschaftlichen Bereiches solange keinen Sinn hat, als er nicht die Möglichkeit prak - tischer Veränderung in diesem aufzeigt.

Daß der Theoretische Konsensus des AK nicht von dieser Art ist, läßt die Liste vermuten, die am Schluß des Artikels als "konkrete Ansatzpunkte" unvermittelt Dinge anführt, die - bis auf die Weiße-Kreis-Kampagne - aus den vorher diskutierten Inhalten (II. Teil) nicht schlüssig abgeleitet sind. Sie mögen vielleicht richtig sein, sind aber für Redaktion und Leser nicht daraufhin nachprüfbar.

- Zur bisher geübten Praxis

Die beschriebenen Ansätze zur Praxis klingen nicht nur "skandalös und reformistisch" sondern unserer Meinung nach sind sie reformistisch, weil in ihnen keine Perspektiven zur Analyse und Veränderung der spätkapitalistischen Gesellschaft enthalten sind.

a) Gespräche mit Vertretern der Parteien und von Interessenverbänden können, auch wenn diese lernwillig sind, nur die Funktion haben, diese in ihrer Position zu be - stätigen, können aber nicht aufdecken, daß sie unfähig sind, am Bestehenden grund - sätzlich etwas zu ändern. Da diese Gespräche auch nicht die Rolle dieser Vertreter reflektieren, kann nicht einmal ein Lernprozeß bei diesen bezüglich ihrer gesellschaft - lichen Funktion entstehen, geschweige denn in der Gruppe der Diskutierenden. Ähnliches gilt für die Stellungnahme zum Spiegel-Artikel.

b) Aus der im dritten Teil umrissenen Strategie geht hervor, daß an revolutionäre Veränderungen nicht gedacht ist: "Kritische Argumente" sollen "systematisch in städtebaulich relevante Institutionen hineingetragen" werden, "Zusammenarbeit mit kritischen Studenten" soll "installiert" werden, "entwicklungsfähige Modellvorstellungen für ein interdisziplinäres Städtebauinstitut sollen zukünftige Aufgaben sein.

Alles das besagt doch nichts anderes, als daß, in etwas kritischerer Art als bisher, in alten Formen weitergemacht wird wie bisher: zuerst wird eine Institution gegründet,

in der zuständige Leute auf gleicher Ebene diskutieren; wenn diese fertig diskutiert haben, geben sie ihre Ergebnisse an das unbedarfte Volk weiter. Der Anspruch, den sich der Kreis gestellt hat, nämlich "das... Bedürfnis der Willensbildung von unten nach oben aufzunehmen und entsprechend der Konzeption eines antiautoritären Sozialismus nach adäquaten Städtebauformen zu suchen" (wir hatten diesen Satz auf S. 7 kürzer gefaßt) - steht im Widerspruch zu den Inhalten dieser Strategie.

c) Gemäß diesem Anspruch hätte eine Auswertung der Informationen über den Hilton - Konzern, der Neuen - sich sozial gebärdenden - Heimat und der Baubehörde statt - finden können. Wenn diese Geschichten ein "Paradebeispiel für die Entstellung eines akzeptablen Städtebaukonzeptes" sind, warum werden dann diese Informationen nicht veröffentlicht und Anlaß zu einer Kampagne?

- Problematisch ist die These, daß "Transformationschancen für die erstarrte spätbürgerliche Gesellschaft" allein im "kulturpolitischen Raum" liegen.

Zum besseren Verständnis dazu noch einen Teil des vorhergehenden Satzes: "It. daß es unsere Aufgabe sein müßte, die wechselseitigen Bedingtheiten von gebauten und gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken. d. h. durch eine Kritik der öffentlichen und halb - öffentlichen Institutionen nach möglichen Durchbrüchen für grundsätzliche Veränderungen zu suchen. Der einzige Sektor, auf dem sich solche grundsätzlichen Veränderungen ankündigen, ist der Kulturpolitische Raum."

Diese These scheint sich auf die Illusion eines partiell erreichbaren Libertätsspielraumes schon innerhalb der bestehenden Verhältnisse zu gründen. Das mag vielleicht für einige Architekten, die als "Künstler" sich auf Kosten der anderen sich Prestige zu schaffen vermögen, gelten. Allen anderen Städtebauer aber, die vom Verwertungszwang unmittelbar betroffen sind, wenn sie z. B. Massenwohnungen bauen mit öffentlichen Geldern, werden sich mit der ökonomischen Kehrseite dieser gewährten Scheinfreiheiten herumschlagen müssen. Die Kritik in diesem Punkte kann nicht weiter ausgeführt werden, als in der Form einer These, wenn sie der angegriffenen entsprechen will.

- zum Ganzen: es soll kein Genosse diese Kritik beleidigend auf sich selbst beziehen, sondern sie ist gedacht zur konsequenten Weiterführung der Selbstkritik, damit Widersprüche zwischen Theorie und Praxis aufgedeckt werden können.

4000 SCHÜLER STREIKTEN

Einige Maßnahmen der Schulbehörde gegen das Hamburger Schülerparlament führten zu der bisher größten Mobilisierung von Schülern. Nach der Ablehnung eines SV-Erlasses durch das HSP, der autoritär vorschreibt, wie sich die Schüler zu organisieren haben, - außerdem anstatt eines sog. Mitbestimmungsrechtes nur ein Mitspracherecht ermöglicht und die Meinungs- und Pressefreiheit in den Schulen nicht realisiert, wurden dem HSP die Räume und Gelder gesperrt, sowie die Anerkennung als Vertretungsorgan der Schülerschaft durch die Behörde versagt. Als einige wenige Schulen aus diesen Gründen in den Streik treten wollten und das "Hamburger Abendblatt" von einem allgemeinen Schulstreik aller Hamburger Schulen sprach, fanden am Freitag, 2. 5. in etwa 20 Schulen Vollversammlungen statt, von denen 15 beschlossen zu streiken.

Eine einheitliche Zielrichtung wurde dem Streik durch den Koordinationsrat des AUSS/USB und des HSP-Vorstandes gegeben, der in einem Flublatt vier momentan nicht zu realisierende Forderungen veröffentlichte. Nach einem teach-in fand anschließend eine Demonstration von ca. 1800 Schülern vor der Schulbehörde statt, bei der, obwohl sie völlig friedlich verlief, 7 Schüler festgenommen wurden.

Am Montag wurde in einem teach-in mit etwa 2000 Schülern die Wiederholung des Streiks für Freitag und Samstag beschlossen. An 31 Schulen streikten 4000 Schüler. Der Streik wurde teilweise aktiv mit Diskussionen in Arbeitsgruppen geführt. Am Sonnabend 10. 5. sollte dann eine Kundgebung auf der Moorweide den Streik vorläufig abschließen.

wurde die Veranstaltung auf den Campus verlegt. Aber auch hier griff die Polizei sofort ein und ließ die Redner gar nicht erst zu Wort kommen. Die 1200 Schüler zogen daraufhin in die Mönckebergstr.; etwa 125 Schüler wurden dabei festgenommen.

Das Ziel der Schulbehörde wurde während der Aktion immer deutlicher: schon der Ansatz von Kritik an den bestehenden Schulverhältnissen sollte unterdrückt werden. In diesem Zusammenhang wird auch der Konflikt HSP/Schulbehörde - die Ebene der formalen Auseinandersetzung verlassend - zu einem allgemeinen Konflikt zwischen der Schülerschaft und der Schulbehörde.

Das Motiv, das die meisten Schüler zum Streik bewegte, läßt sich so auch nicht definieren als die Forderung der Schülerschaft nach HSP-Anerkennung, sondern eben als Ausdruck eines zunächst abstrakt bleibenden Unbehagens an der Struktur der Schule. Dieses Unbehagen allerdings konkretisieren und artikulieren zu können, ist den meisten Schülern nicht möglich. - Genau aber davor fürchtet sich die Bürokratie und ist bereit, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß eine politisierte Schülerschaft erst gar nicht entsteht. Dabei verwendet sie geschickterweise das Elternhaus als Disziplinierungsmittel. Alle am Streik teilnehmenden Schüler erhielten einen Brief, in der Erwägung, daß die Eltern das Nötige veranlassen würden, so daß eine Teilnahme des Kindes am Streik das nächste Mal unterbliebe. In die gleiche Richtung zielte auch das Vorgehen der Schulbehörde vom Sonnabend, den 10.5. Am Mittwoch vorher fand ein Gespräch der Polizei mit Vertretern der Schulbehörde statt, in dem die Polizei versicherte, 300-400 Schüler festzunehmen. Einmal registriert, wurde es so möglich, die inhaftierten Schüler an ihren Schulen unter besonderen Druck zu nehmen.

Selbstverständlich nahm die Hamburger Presse regen Anteil an dem Unterdrückungsversuch der Schulbehörde gegenüber der Hamburger Schülerschaft, die außerdem den zusätzlichen Repressionen durch Polizei und Elternhaus ausgesetzt war. Durch gezielte Falschmeldungen und manipulative Informationen sollten die noch keineswegs politisierten Schüler verunsichert werden.

Zur weiteren Arbeit des AUSS/USB ist zu sagen, daß jetzt das durch die Aktionen entstandene Informationsbedürfnis der Schüler gefüllt werden muß durch eine Aufklärung über die Schulverhältnisse sowie über die Funktion der Schule in der spätkapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Modernisierung durch die Technisierung dieser Gesellschaft. Dazu soll eine Kampagne "Autoritäre Schule" gestartet werden. Es wird jetzt wesentlich einfacher sein, die projektierte Basisarbeit an den einzelnen Schulen zu realisieren, da ein gewisses Potential, das an einer weiteren politischen Arbeit interessiert ist, geschaffen wurde.

Durchaus nicht als Rückzug zu werten ist der vorläufige Verzicht auf zentral durchgeführte teach-ins und Demonstrationen. Es hat sich gezeigt, daß diese kaum geeignet waren, die Schülerbewegung über kurzfristige Aktionen hinausgehend weiterzutreiben. So wird die Basisarbeit an den einzelnen Schulen, die allerdings koordiniert werden muß, konstitutives Element unserer Praxis.

BEREITSCHAFTSPOLIZEI DER LÄNDER : Aufrüstung wird zentral fortgesetzt

Die Aufrüstung der Bereitschaftspolizeien der Länder wird über die bisherigen Etats hinaus fortgesetzt : obwohl beisp.weise für die KfZ beschaffung 1969 nur 3,6 Mill. DM zur Verfügung stehen, sollen allein für diesen Sektor etwa 10 Mill. DM ausgegeben werden. Ansonsten sind in den neuen Etat-Ansätzen der Beschaffungsstelle des Bundesinnenministeriums vorgesehen: 5,28 Millionen DM für Fernmeldegerät, 1,18 Mill. für Waffen und Gerät, 1.1 Mill. für bautechnische Züge und ABC-Schutz, 160.000 DM für Munition, Spreng- und Zündmittel.

TERMINE -UNI -RC

Montag: 16 Uhr , Basis-Gruppe zur Vorlesung Prof. Kleinstücks: James Joyce
Phil. Turm , Raum 205

18,30 , AK-Stadt vierzehntägig im RC

20,00 , AK-Schule-SLB im RC

18,00 , Rechtshaus , Versammlung der Genossen aus den Jura-Basis-Gruppen

Dienstag: 19,00 , Basis-Gruppe-WiSo im RC

Themen: 1. Kapitalismus-Kritik

2. Sozialistische Wirtschaftstheorie

3. Entwicklungshilfepolitik

20,00 , AK-"Kapital" SLZ Kommune Hochallee , Nr. 21

20,00 , AK-Ökonomie " " "

20,00 , AK-Emanzipation im RC

20,30 , AK-Struktur des Krankenhauses, im RC

Termine der Kritischen Schule : alle um 17 Uhr , Päd. Inst.

Sexualität : Raum O9

Herrschaftsstruktur und Leistungsprinzip in der Schule : R. O6

Analyse des Faschismus : R. 52a

Mittwoch: 18,15 , Psychologen AG-Positivismus im RC

18,30 , AK-Justiz im RC

20,00 , Funktion der Vorlesung Phil. Turm 242

20,00 , AK-Sexualität und Herrschaft RC oder Schlüterstr. (s.a. Anschlag)

20,00 , Mittwochsgespräche des RC im RC

20,30 , AK-Krankenschwestern-Ausbildung im RC

- Englische und amerikanische Pop-Musik,

Termine s. Phil. Turm, I. Stock am schwarzen Brett -

20,00 , APO-PRESS Redaktionssitzung (öffentlich), vierzehntägig

Donnerstag: 15,00 , Basis-Gruppe der Anglisten, Interdisziplinäre AG-"Ideologie-
kritik" der lit. wis. Methoden , Phil. Turm 473

18,00 , Jour Fix AUSS/USB 6 (zusammengelegt)

Freitag : 11,00 , Basis-Gruppe Kritisches Strafrecht , im Rechtshaus

16,00 , Basis-Gruppe James Joyce s.a. Montag

18,00 , Sozialistischer Bund im RC

20,30 , Kinderladen im RC

-18,00 oder 20,00 , APO-PRESS-Redaktion im RC (s.a. Anschlag)

Samstag : 15,00 , Jour Fix der Lehrlinge im Zentrum, V.-Melle -Park 17

VK : die ganze Woche über Beratung, Diskussion, Organisation etc. im VK-Büro

bis ca. 17 Uhr : Große Bleichen 23, tel. :

ab 17 Uhr: Rondeelteich 25

Vollversammlung am Soz. Pol. : Mittwoch, 21.5. Audi Max II 16 Uhr

Auf der letzten Vollversammlung wurde der alte unpolitische Fachschaftsrat "beurlaubt" und eine ad-hoc-Gruppe (Treffpunkt täglich zwischen 14-16 Uhr , Fachschaftszimmer) beauftragt, eine neue Vollversammlung vorzubereiten, auf der eine neue politische Konzeption entwickelt werden soll. — Vorschlag der Gruppe :

1. Historische Entwicklung der Sozialwissenschaften in der BRD
2. Gesellschaftliche Funktion und systemerhaltender Charakter der empirischen S. W.
3. Rolle der Hochschulgesetze , des Schein- und Prüfungswesens bei der Technokratisierung der Universität.

Anmerkung : die Termine sind z. T. ohne inhaltliche Nachprüfung übernommen. Wir bitten die Gruppen um Informationen und Mitarbeit zur Verbesserung obiger Liste !!

ARBEITSKONFERENZEN

24/26 Mai Gastarbeiterkonferenz in Konstanz

An diesen Tagen findet in Konstanz die auf der DK von der Internationalismus-Gruppe vorgeschlagene "Gastarbeiter"-Konferenz statt. (pol. Agitation und Betriebsbasisarbeit bei italienischen "Gastarbeitern" in der Schweiz und der BRD)

Voranmeldungen, Teilnehmerzahlen und Materialeinsendungen an:

- Ursula Pasero, 775 Konstanz, Hoheneggstr. 100, tel. :61384

22/25 Mai Technologie-Seminar in Darmstadt

Das vom VDS veranstaltete Seminar hat folgende Themen :

- 1. Technokratische Hochschulreform
Mobilisierungsstrategien unter den Bedingungen der technisch-naturwis. Fachrichtungen
2. Gesamthochschulen - Ingenieurschulen
Weiterführung der Revolte des Ausbildungsbereiches in der Produktionssphäre
Teilnehmer melden beim Asta I Für Schlafgelegenheiten wird gesorgt (Schlafsack, Luftmatraze mitbringen !); ein Teil der Fahrtkosten kann zurückersatzet werden.
Treffpunkt: Donnerstag, 22.5. 16 Uhr im RC, Erbachstr, 5 Nähe Hallenbad

Vervollständigung der Liste Linker-Infos, s.a. Nr. 8

Berlin: Rote Presse Korrespondenz, I Berlin 30, Eislebenerstr. 14

München : APO-PRESS, 8 München 12, Kazmaistr. 85

(erscheint zur Zeit nicht auf Grund des Druckmaschinenausfalls; die g enobitten deshalb um Spenden für eine gebrauchte Maschine : P Sch A münchen Kto. Nr. : 157225, Stichwort : "neue Maschine"

Frankfurt : Bundesvorstand-Info des SDS 6 Frankfurt 1, W. -Hauffstr. 5

!!! AB DEM 20.5. BV-TELEFON : 77 60 58 !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

!! GERICHTSTERMINE !!

Dienstag, 20.5. : 9 Uhr, Zi. 279 M. Deter, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamten und Körperverletzung

Dienstag, 20.5. : 19,30 Uhr Asta-Vorstandszimmer - Besprechung des Zivilprozesses wegen Phil. Turm-Besetzung; Beklagte und Verteidiger!

Mittwoch, 21.5. : 15,30 Uhr, Zi. 509 Verwältungsgericht - einstweilige Anordnung betreffend den Numerus Clausus bei Medizinern

Freitag, 23.5. : gegen D. Klug- Landfriedensbruch, Aufruhr etc. /Springer-Demonstr.

Montag, 2.6. : Berufung i. d. Sache Fabig u. a. - Bauzaunbemalung Uni

DRUCKFEHLER-BERICHTIGUNG

In der Nr. 8 der APO-PRESS vom 5.5.69 stand in dem Artikel "VK-Sozialistischer Kampfverband" in der 3/4 Zeile: ". . Trägerorganisation einer anti-militaristischen Offensiv-Strategie ". Richtig heißt es da: ". . anti-militaristischen Defensiv-Strategie!

Die Studenten der meisten Ingenieurschulen der Bundesrepublik und Westberlin haben das Semester abgebrochen und streiken. Damit ist einer für die Industrie effizientesten Ausbildungszweige lahmgelegt.

Im Sommer 1968 hat in Berlin bereits ein Streik stattgefunden. Anlaß waren die Forderungen der Studenten nach

- Anerkennung ihres Titels (Ing.grad) im EWG-Bereich
- Integration der Ingenieurschulen in den Hochschulbereich
- Didaktische Reformen
- Recht auf studentische Selbstverwaltung
- Mitbestimmung der Studenten

Die Forderungen orientieren sich hauptsächlich an den Hoffnungen der Ing. Studenten nach individuellem sozialen Aufstieg und haben insofern korporativistischen Charakter. Andererseits entspringt der Wunsch nach sozialem Aufstieg bei technischen Arbeitern und Ingenieuren in den meisten Fällen dem Widerspruch zwischen dem Bedürfnis nach selbstbestimmter technischer Arbeit und der Herrschaftsstruktur des Betriebes, in der der technische Arbeiter völlig für das Kapitalinteresse instrumentalisiert ist.

Die Ingenieure (Ing.grad) sind in der Regel entweder "die Vertreter des Arbeitgebers am Arbeitsplatz" (Siemens) bei der Kontrolle und Planung der Arbeit oder arbeiten in Konstruktionsbüros, in denen ihre Arbeitssituation sich nur noch dem subjektiven Bewußtsein der Ingenieure nach von der des Proletariats unterscheidet.

Die Hoffnung auf autonome Arbeit durch individuellen Aufstieg ist eine Illusion und somit der zweite Bildungsweg ein Betrug.

Der Streik der Westberliner Ingenieurschulen im vorigen Jahr war nur ein Teilerfolg insofern, als es nicht gelungen ist, die korporativistischen Forderungen zu politisieren, d.h. die Illusion der Möglichkeit der Emanzipation durch Ingenieurschulbildung zu zerstören und gleichzeitig Perspektiven für eine sozialistische Praxis im Beruf aufzuzeigen.

Dieser Mangel hatte zwischen den Universitäten und den Ingenieurschulen.

Dieser Mangel lag auch wesentlich darin begründet, daß das zentrale Problem der Ingenieurschulagitation die sozialistische Berufsperspektive damals noch nicht im breiten Rahmen an den Universitäten diskutiert wurde. Diese Situation hat sich grundsätzlich geändert.

x(s.o.) seine Ursache auch wesentlich in der geringen Zusammenarbeit zwischen...

Wenn die Studenten der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer die Funktionalisierung ihrer Theorie für den Kampf in der Produktionsphäre ernst nehmen, so ist im Augenblick eine zentrale Aufgabe die praktische Solidarität als Streikposten und die Agitation an den Ingenieurschulen.

Neben der Frage der Vorbereitung für die Berufspraxis stellt sich auch die Frage, wie die Forderungen für die Umorganisation und die Umgestaltung-inhaltlich- des Studiums zustellen sind. Die jetzigen, total verschuldeten, mit schnell veralteten Stoff überladenen und von laufenden Leistungskontrollen begleiteten Studiengänge haben ihre Funktion in erster Linie in der Sozialisation der Studenten für das Herrschaftsgefüge im Betrieb.

Zur Vermeidung der Repression wird gefordert: Herabsetzung der Wochenstundenzahl (jetzt 36), der Fächerzahl (12-14), Abschaffung der Klausuren.

Die Agitation muß weiter darauf hinzielen, daß die Studenten diese Sozialisationsfunktion durchbrechen und eine Didaktik entwickeln, die praktische Industriearbeit, theoretische Arbeit anhand exemplarischer Probleme aus der praktischen Arbeit und Analyse der betrieblichen Herrschaftsstruktur eng verknüpft.

Der Streik an den Ingenieurschulen ist von zentraler Bedeutung für die Student*innenrevolte. Wenn die Ingenieurschulen streiken, heißt das:

- Daß der Ingenieurschulbereich, der bisher der angepaßteste und für die Industrie funktionalste Ausbildungssektor war, partiell gegen das Kapital gewendet wird.
 - Daß die Genossen von den Ing.Schulen während des Streiks über Perspektiven für die Berufspraxis arbeiten können.
- Das wäre ein entscheidender Einbruch in das Mittlere technologische Management,

Verstärkt haben sich aber auch die Einschüchterungsversuche der Ministerien (des Senats) der Länder und der Industrie.

Während in Nordrh. Westfalen und Niedersachsen die Kultusminister den streikenden Studenten den Ausschluß vom Studium angedroht haben, beschränken sich Dozenten und Rektoren der Berliner Akademien bisher darauf, durch Hausverbot einzelner politisch aktiver und Relegationsdrohungen die Streikenden einzuschüchtern.

Insbesondere den noch unerfahrenen Studenten des ersten Semesters wurde in Telefongesprächen mit den Eltern bei Nichtbesuch der Vorlesungen Exmatrikulation angedroht. Hausverbot erhielten inzwischen der gesamte Streikrat und die Studenthvertretung der Gaußschule. Mit Hausverbot bedroht wurden alle diejenigen, die sich Plakat- und Flugblattaktionen beteiligten. Die gegen Eingriffe von Verfassungs"schutz"-Organen erwirkte Geheimhaltung von Adressen der an der Beuth-Akademie und der Ak. für Bauwesen Studierenden wurde gegen den Streikrat angewandt; ihm wurde die Einsicht und Benutzung der Adressen verweigert. Stattdessen wurde den Streikbrechern die Kartei zur Benutzung freigegeben und darüber hinaus Geld und Büromaterial zur Verbreitung von Flugblättern und für den Versand von Aufforderungen zur Fortsetzung des Studiums in beliebigen Mengen zur Verfügung gestellt.

Der Streikrat rechnet noch in dieser Woche mit einem Ultimatum des Senats, wie es der niedersächsische Kultusminister bereits am 2.5.69 verfügt hat: Relegation aller Streikenden. Opfer von entsprechenden Repressionsmaßnahmen der Industrie wurde inzwischen ein Mitglied des Streikrats. Ihm wurde von der Firma Siemens das Werkstipendium gestrichen. In den Firmen Bosch, Siemens, Standard Electronic findet bereits ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Anwendung, nach dem streikenden Studenten während des Streiksemesters die Anstellung verweigert wird.

(Nachdruck aus der ROTEN PRESSE KORRESPONDENZ NR. 12 und 13)

MARINETREFFEN IN BREMERHAVEN AM 6. - 9. Juni

Erwartet werden 5-7000 Mariner aus der BRD und verschiedenen NATO-Ländern.

Dazu ein Kommentar der Bremerhavener Genossen vom Spartakus-Kollektiv :

"Wir meinen, daß diesem Treffen eine gewisse Bedeutung im Rahmen der Bundeswehrekampagne wie auch im Kampf gegen die NATO zukommen kann.

Die Aufgabe, dieses Treffen als Plattform für die Antibundeswehrstrategie zu gestalten, sollte daher nicht nur unserer relativ kleinen Gruppe in Bremerhaven überlassen bleiben. Falls sich innerhalb des VK oder der Bundeswehrbasisgruppe die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ergibt, so erbitten wir baldige Nachricht an
WOLFGANG RENTZEL 285 BREMERHAVEN BÜRGER 224

Übrigens existiert schon eine Projektgruppe für dieses Treffen, die zusammen mit der neugegründeten VK - Gruppe Bremerhaven arbeitet.

Anm. d. Red.: Diesem Schreiben lag eine Terminliste des Marinetreffens bei. Interessierte Genossen können sie bei uns einsehen.

NACHRICHTEN AUS DER BUNDESWEHR : RAKTEN - ERPROBUNGSPLATZ IN DER MELDORFER BUCHT GEPLANT

"Auf einem wichtigen Teilgebiet der wehrtechnischen Entwicklung soll das Ausland der Bundeswehr nicht länger in die Karten sehen können", schreibt der Herausgeber des internen Bonnder Mitteilungsblattes für die Rüstungsindustrie "Wehrdienst" (Ausg. 202, 19.2.69) "Seit drei, vier Jahren finanziert das Bundesverteidigungsministerium bei deutschen Rüstungsunternehmen verstärkt eine ganze Reihe vielversprechender Flugkörper-, Lenk- und Rohraffen-Entwicklungen. Um die Erprobung der Waffen von morgen nicht länger vor neugierigen Zuschauern auf ausländischen Plätzen vornehmen zu müssen, wird in der Bundesrepublik ein abgeschirmter eigener Erprobungsplatz gebaut."

Mitte Februar 1969 wurden vom Haushaltsausschuß des Bundestags 70 Millionen DM

für die Errichtung eines Flugkörper-Erprobungsplatzes bewilligt, die Finanzierung der jährlichen Unterhaltungskosten - 2 Millionen DM - wurde abgesichert.

Der Erprobungsplatz wird in der Meldorfer Bucht an der Westküste Schleswig-Holsteins installiert. Er wird eine Fläche von 15 km² umfassen.

Mit der Eindeichung des Terrains ist inzwischen begonnen worden. Allein 30 Millionen werden aus dem Bundeswehretat aufgebracht, um einen neuen Seedeich mitzufinanzieren. Die übrigen 40 Millionen werden für Infrastrukturausgaben und die Meßgeräteausrüstung des Raketenversuchsgeländes ausgegeben. Ende 1970 sollen die Entwicklungsarbeiten so weit gediehen sein, daß mit der Erprobung von Flug- und Lenk-Körpern, von Rohr- und Flächenfeuerwaffen sowie von Artillerieraketen, Aufklärungsdrohnen und Flugzeuggewehrwaffen begonnen werden kann.

Die bundesrep. Rüstungsindustrie ist über die Errichtung des Raketenversuchsgeländes sehr befriedigt: sie zeigt, daß die Raketenentwicklung für die Bundeswehr inzwischen hohe Priorität hat. Sonst wäre die kostspielige Anlage kaum auszunutzen. Schon jetzt werden vom Verteidigungsministerium für die Entwicklung der Flug- und Panzerabwehr, von Flugkörpern, Drohnen und Artillerieraketen jährlich 160 bis 180 Millionen DM ausgegeben.

FOTOGRAFIEREN BEI DEMONSTRATIONEN

- o Nur sehr empfindliche Filme wie "Kodak Tri X" oder Ilford HP4" verwenden.
- o Bei bedecktem Wetter Blende 8 / 1/125 einstellen und bei Sonnenschein 16 / 1/125 sec.
- o Um jederzeit auch im Getümmel schußbereit zu sein, stellt man am besten eine Entfernung von 3-4 Metern ein. Die Tiefenschärfe reicht dann von 2 Metern Entfernung bis unendlich.
- o Immer nahe ran gehen. Teleobjektive sind wenig sinnvoll, da man damit sehr viel genauer einstellen muß und sehr leicht verwackelt. Außerdem hat man dann nur einzelne Personen auf dem Film und keine Übersicht über den Tatort, und die gesamte Situation.
- o Falls Aufnahmen gemacht worden sind, die Rechtstrübe von Uniformierten oder zivilen Polizeibeamten zeigen, den Film unbedingt sofort aus der Kamera nehmen und einem Genossen aushändigen, der sich damit von der Demonstration entfernt. Andernfalls büßt man sehr schnell außer dem Film auch die Kamera ein. (solche Fälle sind zur Genüge vorgekommen).

Nach der Demonstration die Filme bitte gleich beim ASTA-Justizreferat oder im RC - Ermittlungsausschuß abgeben. Sie werden dann entwickelt; auf den Kontaktbögen kann man dann gleich Vermerke machen, wo, wann und wie die Aufnahmen zutage gekommen sind. Bei wichtigen Vorfällen auch die genaue Uhrzeit vermerken.

Vorsicht jedoch vor "Kollegen" von Presse + Polizei!

POLITISIERUNG DES ARBEITSKREISES FILM UND FERNSEHEN AN DER UNI ?

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 21.5.69 19.00 in der Hirschquelle, Durchschnitt, steht neben anderen Punkten auch die politische Arbeit des AKFF auf der Tagesordnung. In Anbetracht dessen, daß der Filmclub sich bisher darin erschöpfte, den Studenten ein billiges Kino zu liefern, sowie in der Erkenntnis der Bedeutsamkeit des Mediums "Film" kann diese Diskussion einen bedeutsamen Fortschritt zur Folge haben! Vorgeschlagen werden

- I. politische Aktivitäten in Veranstaltungen (Vorführung fortschrittlicher Filme, kritische Seminare, etc..)
- II. Produktion von Agitationsfilmen - 8 mm -
- III. Erprobung neuer Vorführungsmöglichkeiten.

Genossen, die an der Filmarbeit interessiert sind, sollten sich um den AKFF bemühen!

Hiermit bestelle ich APO-PRESS zum halbjährl. Bezugspreis von DM 8.-

NAME _____

ADRESSE _____